



Antrag zur Verabschiedung

## **PROGRAMMATISCHER LEITLINIEN „JUGEND, DIE VORAN GEHT!“**

Eingereicht durch die Bundesprogrammkommission der Jungen Alternative für Deutschland (Namen der einzelnen Antragsteller liegen der Antragskommission vor).

*Das Programm der Jungen Alternative für Deutschland vom 03.06.2018 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:*

### **ANTRAGSTEXT**

1 **Inhalt:**

2

- 3 ▪ Präambel: Für ein anderes Deutschland
- 4 ▪ Wir stehen zum deutschen Vaterland
- 5 ▪ Wir stehen zum Schutz von Kulturlandschaft und Natur
- 6 ▪ Wir stehen zur traditionellen Familie
- 7 ▪ Wir stehen zur deutschen Bildungstradition
- 8 ▪ Wir stehen zur sozialen Marktwirtschaft
- 9 ▪ Wir stehen zur Freiheit des Einzelnen

10

11 **Präambel: Für ein anderes Deutschland**

12

13 Deutschland steht an einem Wendepunkt. Über mehrere Generationen wurde die  
14 Bundesrepublik vom Bewusstsein getragen, dass es der Kindergeneration besser er-  
15 gehen würde als der Elterngeneration. Die Nachkriegsgeneration freute sich noch  
16 über wachsenden Wohlstand und die bloße Abwesenheit von Krieg. Die Babyboomer  
17 wuchsen in eine Zeit der Entspannung hinein. In der Bundesrepublik hatte man sich  
18 daran gewöhnt, dass die Kinder stets mehr hatten, mehr durften, mehr reisten als ihre  
19 Eltern. Obwohl sich Krisensituationen spätestens seit der Finanzkrise 2007/2008  
20 häuften und intensivierten, genoss die Jugend ihre Freiheit. Man lernte oder studierte,  
21 worauf man Lust hatte, machte Erasmus-Auslandssemester und wuchs in einen ent-  
22 spannten Arbeitsmarkt hinein, eingebettet in die scheinbare Sicherheit staatlicher  
23 Rundumversorgung. All das steht heute zur Disposition.

24



25 Wir sind seit langer Zeit die erste Generation, der es nicht besser ergehen wird als  
26 ihren Eltern. Wohin sich unsere Städte entwickeln, lässt sich jeden Tag in der Fußgän-  
27 gerzone beobachten. Was mit unseren Renten passiert, steht in den Sternen, auch  
28 wenn unsere Sozialabgaben monatlich unser Gehalt halbieren. Und was wir in dieser  
29 Welt von morgen überhaupt zu melden haben werden, wird mit jeder kritischen Äu-  
30 ßerung, mit jedem falschen Like ungewisser. Doch wir wollen nicht jammern und uns  
31 nicht in Alarmismus verrennen. Wir sind nicht die Generation Greta, sondern die Ge-  
32 neration Deutschland. Wir treten als starke Männer und starke Frauen an, Deutschland  
33 wieder bessere Zeiten zu bescheren.

34  
35 Das schaffen wir nicht, wenn wir uns nur als Konservative begreifen. Wer das politi-  
36 sche Spektrum allein in konservativ und progressiv unterteilt, der akzeptiert von  
37 vorne herein, dass die gegnerische Position den Fortschritt für sich gepachtet hat. Da-  
38 mit ist entschieden, wem die Zukunft gehört. Statt über das Für und Wider von Positi-  
39 onen zu streiten, konzentrieren sich Konservative darauf, lediglich abzufedern, was  
40 vermeintlich unaufhaltbar ist und früher oder später sowieso eintreten wird. Wir aber  
41 wollen nicht abfedern, was es aufzuhalten gilt. Wir wollen nicht ertragen, was untrag-  
42 bar ist. Stattdessen wollen wir wiederherstellen, was gestern erhaltenswert war; neu-  
43 gestalten, was unserer Gesellschaft heute wie gestern fehlt und was sie morgen  
44 braucht. Wir sind nicht bloß konservativ, wir sind auch rechts. Wo es eine politische  
45 Linke gibt, da muss es auch eine politische Rechte geben, ohne dass wir diesen Begriff  
46 in anezogener Abscheu von uns weisen.

47  
48 Wenn wir als politische Rechte gestalterisch tätig werden wollen, reicht es nicht, bloß  
49 die Reste zu bewahren, die die politische Linke auf ihrem Zerstörungskurs übrig lässt  
50 und ständige Abwehrschlachten zu führen. Nein, dafür tut es not, in die politische Of-  
51 fensive zu gehen und eine positive Vision von einem neuen Deutschland zu zeichnen.

52  
53 Es ist ein Land, in dem wir die Schönheit unserer Natur, Städte und Dörfer achten und  
54 dort wiederherstellen, wo sie nicht mehr gegeben ist. Es ist ein sicheres Land, in dem  
55 niemand über dem Gesetz steht und jeder sich auf eine schnelle und harte, aber nicht  
56 unbarmherzige Hand des Rechtsstaats verlassen kann.

57  
58 In diesem Deutschland stehen Sicherheitskräfte an der Grenze, nicht im Freibad. Mit  
59 scharfen Messern wird in der Metzgerei hantiert, nicht in unseren Fußgängerzonen.  
60 Sein Staat dient „dem deutschen Volke“ und schreibt es sich nicht bloß aufs Parla-  
61 mentsgebäude. Es ist ein Staat, der nur so stark wie nötig und dennoch so zurückhal-  
62 tend wie möglich ist. Dessen Gesetze klar, kurz und verständlich sind. Wir träumen  
63 von einem deutschen Volk, das sein Erbe an die nächste Generation weitergeben  
64 möchte. Wo Kinder keine Last sind, die man möglichst spät und wenig bekommt, son-  
65 dern Kinderlachen durch jede Straße schallt und auch ungeborene Kinder sicher sind.  
66 Wo Großeltern den Herbst ihres Lebens im Kreis der Familie verbringen und nicht ins



67 Heim abgeschoben werden. Wo Männer und Frauen nicht gegeneinander arbeiten,  
68 sondern sich zum Wohle aller ergänzen.

69  
70 Es ist eine Gesellschaft, in der stabile Familien und gute Ehen die Norm sind und das  
71 Fundament unseres Landes darstellen. Wir fördern den Erfolgreichen und helfen den  
72 Schwachen, stark zu werden. Wer unsere sozialen Sicherungssysteme ausnutzt, spürt  
73 die Konsequenzen. Arbeit lohnt sich und ihr Ertrag landet auf unserem Konto, nicht im  
74 Treibsand staatlicher Misswirtschaft. Wir sind stolz auf unsere Soldaten, die keinen  
75 Krieg beginnen, aber bereit sind, jeden Konflikt zu beenden, der uns aufgenötigt wird.  
76 Dieses Volk liebt das Eigene und schätzt das Fremde wert. Wir sind Patrioten, die  
77 unser Land lieben, ohne sich der Neugier für andere Länder zu verschließen, in einem  
78 Europa souveräner und befreundeter Vaterländer. Dieses neue Deutschland ist ein  
79 besseres Deutschland.

80

### 81 **Wir stehen zum deutschen Vaterland**

82

83 Wir bekennen uns zum deutschen **Nationalstaat** als der natürlichen Einheit von deut-  
84 schem Staatsvolk, deutschem Staatsgebiet und deutscher Souveränität. Die deutsche  
85 Nation ist die Wiege von Einigkeit und Recht und Freiheit. Die Vereinigung unseres  
86 Volkes unter dem Dach eines Nationalstaates ist untrennbar mit der deutschen De-  
87 mokratiebewegung im 19. Jahrhundert verbunden. Gleichwohl nehmen wir die Ver-  
88 bindung aus Nation, Demokratie und Rechtsstaat nicht als selbstverständlich hin und  
89 verteidigen sie gegen jeden Versuch, den Nationalstaat durch ein weniger demokra-  
90 tisches und weniger rechtsstaatliches supranationales Konglomerat zu ersetzen.

91

92 Der Nationalstaat ist die beste Möglichkeit, unsere Art zu leben zu verteidigen. Wir  
93 sind stolz auf die deutsche Kultur, die wir als elementaren Bestand der kulturellen  
94 „Vielfalt in Verschiedenheit“ in Europa beschützen und pflegen wollen. Dazu gehört,  
95 sich gegen alle Versuche zu stemmen, Deutschland zum bloßen Siedlungsgebiet und  
96 Experimentierfeld einer unkontrollierten Masseneinwanderung zu machen. **Zuwan-  
97 derung** hat sich nach den Interessen unseres Landes zu richten. Nachdem jahrzehn-  
98 telange Integrationsbemühungen gescheitert sind, sollten wir an Migranten die Erwar-  
99 tungshaltung einer Assimilation richten. Illegale und ausreisepflichtige Einwanderer  
100 sind konsequent zurückzuführen.

101

102 Wir wollen unsere Politik im Inneren wie im Äußeren nach deutschen Interessen aus-  
103 richten. Dazu gehört, sich in keine Abhängigkeit von fremden Großmächten zu bege-  
104 ben und bestehende Abhängigkeiten nach Möglichkeit zu reduzieren. Wir sind weder  
105 ein Erfüllungsgehilfe der USA, noch biedern wir uns Russland oder China an. Vielmehr  
106 wollen wir als Teil eines **souveränen Europas** aus eigener Kraft selbstbewusste Politik  
107 nach eigenen Interessen gestalten.

108



109 Wir begreifen Deutschland als Teil eines Europas der Vaterländer. Unsere Liebe zum  
110 Eigenen tut unserem Bekenntnis zur gemeinsamen Identität und Geschichte Europas  
111 keinen Abbruch. Europa als christlich geprägtes Abendland ist uns Heimat und Schicksals-  
112 salsgemeinschaft. Den Ansprüchen dieser Schicksalsgemeinschaft wird die **Europäi-  
113 sche Union** nicht gerecht. Wir lehnen sie in ihrer derzeitigen Form ab, da sie sich als  
114 nicht reformierbar erwiesen hat. An ihre Stelle soll nach einem Austritt Deutschlands  
115 wieder eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft treten. Insbesondere in der Sicher-  
116 heits- und Verteidigungspolitik, aber auch in anderen Politikfeldern wollen wir eng  
117 mit unseren europäischen Nachbarn kooperieren, denn in der sich abzeichnenden  
118 multipolaren Weltordnung ist die Schaffung eines europäischen Pols notwendig,  
119 wenn die Staaten Europas in geopolitischen Angelegenheiten selbst Verhandler, statt  
120 bloß Verhandlungsmasse fremder Hegemonialmächte werden wollen. Die deutsche  
121 Souveränität darf dabei nicht, wie es derzeit in der Europäischen Union der Fall ist,  
122 ausgehebelt werden.

123  
124 Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der Ukrainekrieg hat ge-  
125 zeigt, dass eine ehrliche Friedensordnung und eine stabile Sicherheitsarchitektur in  
126 Europa nur dann möglich sind, wenn Europa seine Diplomatie von eigenen Interessen  
127 geleitet gestaltet. Dazu muss sich Europa von hegemonialen Einflüssen und Abhän-  
128 gigkeiten gegenüber fremden Großmächten befreien. Wir wollen, dass sich Deutsch-  
129 land als Schutzmacht Europas begreift und die damit einhergehende Verantwortung  
130 pflichtbewusst wahrnimmt.

131  
132 Wir stehen zu unserer **Bundeswehr**. Ihr desolater Zustand ist die Konsequenz einer  
133 jahrzehntelangen Politik der Abrüstung und deutscher Schwäche, die ihren Höhe-  
134 punkt in der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 gefunden hat. Wir wollen einen posi-  
135 tiven Bewusstseinswandel im Umgang mit unseren Streitkräften. Soldaten, die bereit  
136 sind, ihr Leben für unser Land zu geben, verdienen unseren höchsten Respekt und  
137 sollten auch in Schulen für den Dienst am Vaterland werben dürfen. Wir sprechen uns  
138 für eine Aufrüstung der Bundeswehr aus. Eine starke deutsche Wehrkraft, die sich  
139 nicht auf Sicherheitsversprechen von Partnern stützt, ist notwendige Bedingung da-  
140 für, auch abseits wirtschaftlicher Aspekte wieder als eigenständige Kraft auf dem in-  
141 ternationalen Parkett wahrgenommen zu werden. In diesem Sinne befürworten wir  
142 auch eine Rückkehr zur Wehrpflicht und ein Bekenntnis zu deutschen Militärtraditio-  
143 nen.

#### 144 145 **Wir stehen zum Schutz von Kulturlandschaft und Umwelt**

146  
147 Unser Heimatbegriff bezieht sich nicht nur auf die deutsche Nation, sondern ganz  
148 konkret auf unsere **Natur**: die tiefen Wälder der Mittelgebirge, die Flusstäler von  
149 Rhein, Elbe und Donau, die Hochgebirge im Süden und das Wattenmeer im Norden.  
150 Die kargen Böden und rohstoffarmen Gebirge spornten Fleiß und Erfindergeist der



151 Deutschen an. Lange, dunkle Winter förderten die deutsche Innerlichkeit und Seelen-  
152 tiefe.

153  
154 Die Altparteien sprechen gerne davon, Ökonomie und Ökologie miteinander zu ver-  
155 söhnen. Doch im Ergebnis treibt die ökologische Agenda wirtschaftliche Gesichts-  
156 punkte bloß vor sich her und verengt sich selbst einseitig auf den Klimaschutz. Von  
157 **Umweltschutz** dagegen ist in der öffentlichen Debatte kaum noch die Rede. Tatsäch-  
158 lich stehen sich beide teilweise diametral entgegen: Umweltschutz ist konkret und  
159 regional, Klimaschutz abstrakt und global. Wo für Windräder ganze Kulturwälder ab-  
160 geholt und der Artenschutz hintangestellt werden, wird der Kontrast offenkundig.  
161 Unter Bezugnahme auf die abstrakte Gefahr einer „Klimakatastrophe“ werden die na-  
162 tionale Souveränität ausgehebelt und individuelle Freiheitsrechte bedroht. Diese Be-  
163 drohung muss bekämpft, tatsächlichen Klimaveränderungen nüchtern begegnet wer-  
164 den.

165  
166 Auch bei Annahme eines durch CO<sub>2</sub>-Emissionen menschengemachten **Klimawandels**  
167 ist eine konkrete Auswirkung deutscher Maßnahmen auf das Weltklima angesichts des  
168 geringen globalen CO<sub>2</sub>-Anteils allenfalls marginal. Herausforderungen durch Klima-  
169 veränderungen wie etwa Extremwetterereignisse oder Trockenheit sind durch kon-  
170 krete Maßnahmen zu begegnen. So kann z.B. das Verbundsystem der Stauseen effizi-  
171 enter gestaltet werden, um die Wasserversorgung auch in Dürrezeiten zu sichern.  
172 Frühwarnsysteme für Waldbrände oder Hochwasser sind auszubauen und in Funkti-  
173 onsbereitschaft zu halten. Feuerwehr und Technisches Hilfswerk sollen stärker ent-  
174 lastet und unterstützt werden. Klimaveränderungen in anderen Teilen der Welt dürfen  
175 nicht dazu führen, den europäischen Grenzschutz noch weiter aufzuweichen. Einer  
176 noch verstärkten Zuwanderung unter dem Stichwort so genannter „Klimaflucht“ ertei-  
177 len wir eine Absage.

178  
179 Wir bekennen uns zur einheimischen **Landwirtschaft**. Eine gesicherte Nahrungsmit-  
180 telproduktion ist Grundlage sämtlicher Lebensbereiche. Voraussetzung dafür ist, dass  
181 Landwirte von ihrer Arbeit leben können und ihr Beruf nicht zum Auslaufmodell wird.  
182 Deshalb wollen wir das undurchschaubare Geflecht aus Regulierungen, insbesondere  
183 auf EU-Ebene, radikal vereinfachen und es auf wenige Leitplanken beschränken. Die  
184 gesetzlichen Einschränkungen sowie der Preisdruck des Weltmarkts und des europä-  
185 ischen Binnenmarkts haben Landwirte abhängig von Subventionen gemacht. Da Le-  
186 bensmittel kein Handelsgut wie jedes andere sind, sind gezielte protektionistische  
187 Maßnahmen legitim, um die Wirtschaftlichkeit heimischer Produktion zu erhalten und  
188 die Abhängigkeit von Agrarimporten zu verringern. Preisdumping durch große Händ-  
189 lerketten ist mit konsequentem Vollzug des Kartellrechts zu begegnen.

190  
191 Wir treten für eine pragmatische **Energiepolitik** ein, die Fragen der Energieversor-  
192 gung nach Maßgabe von Sauberkeit und Verfügbarkeit des Energieträgers beantwor-  
193 tet, statt nur durch eine ideologische Brille zu blicken. Eine Schlüsselaufgabe kommt



194 dabei der **Kernenergie** zu, da sie die Abhängigkeit von ausländischen Energieliefer-  
195 rungen bestmöglich reduziert. Die Laufzeit der noch in Betrieb befindlichen Kernkraft-  
196 werke ist zu verlängern, zudem sollten schnellstmöglich neue Kernkraftwerke errich-  
197 tet werden. Der Abbau von **Braun- und Steinkohle** als heimischer Energieträger soll  
198 reaktiviert werden. Anschließend können Braunkohletagebaue als Biotop- und Erho-  
199 lungsflächen dienen. Soweit weiterhin Importe von Energieträgern notwendig sind, ist  
200 auf Diversifizierung zu achten. Die nationale Versorgungssicherheit muss stets Priori-  
201 tät haben und darf keinesfalls unter Berufung auf ideologische Vorbehalte gefährdet  
202 werden. **Erneuerbare Energien** sind als ein möglicher Baustein der Energieautarkie  
203 grundsätzlich begrüßenswert. Dabei darf ihre Rentabilität jedoch nicht durch staatli-  
204 che Förder- und Verpflichtungsprogramme verzerrt werden. Allenfalls für private  
205 Kleinnutzer können staatliche Anreize zur Installation gesetzt werden. Die Energiege-  
206 winnung aus Biomasse ist der Sicherung der Nahrungsmittelproduktion unterzuord-  
207 nen.

208  
209 Die individuelle **Mobilität** ist wesentlicher Ausdruck von Freiheit und Persönlichkeits-  
210 entfaltung. Ein Tempolimit lehnen wir ab. Die Besteuerung von Treibstoffen ist spür-  
211 bar zu reduzieren, um Mobilität auch abseits urbaner Zentren zu gewährleisten und  
212 weiterer Zersiedelung vorzubeugen. Insbesondere in Großstädten bietet der ÖPNV  
213 oftmals eine effizientere Alternative zum Automobilverkehr. Eine ÖPNV-Grundversor-  
214 gung ist auch in ländlichen Räumen zu gewährleisten.

215  
216 Bei der Planung des **Städtebaus** ist nicht nur Wert auf Funktionalität, sondern auch  
217 auf Ästhetik und Stadtbild zu legen. Dabei sollte man sich an organisch gewachsenen  
218 Stadtvierteln orientieren. Bei der ästhetischen Beurteilung sollten nicht die ungelieb-  
219 ten Maßstäbe der Moderne, sondern die klassischer Schönheit und gewachsener Bau-  
220 kultur angesetzt werden. Regionale Baumaterialien und -stile sind dabei zu berück-  
221 sichtigen und weiterzuentwickeln.

## 222 223 **Wir stehen zur traditionellen Familie**

224  
225 Wir bekennen uns zur Familie aus **Vater, Mutter und Kindern** als Fundament des Vol-  
226 kes. Nur sie hat sich über die Jahrtausende darin bewährt, Leben weiterzugeben und  
227 die Schöpfungsordnung zu erhalten. Nichts kann uns Heimat, Vertrautheit und Schutz  
228 so bieten wie die Familie. Das Ausmaß ihrer Verdrängung aus Politik, Wirtschaft und  
229 Gesellschaft ist untrennbar mit dem Werteverfall der vergangenen Jahrzehnte, aber  
230 auch mit der demografischen Notlage unseres Volkes verbunden. Unsere Gesellschaft  
231 überaltert und taumelt über das Rentensystem einer ökonomischen und sozialen Ka-  
232 tastrophe entgegen.

233  
234 Im Gegensatz zu den Altparteien glauben wir nicht an eine Lösung dieser Probleme  
235 durch Massenzuwanderung, sondern daran, dass Deutschland diese Herausforderung  
236 aus eigener Kraft stemmen kann. Dazu befürworten wir eine **aktivierende Familien-**



237 **politik** nach ungarischem Vorbild, die auf eine höhere Geburtenrate abzielt. Doch Kin-  
238 der muss man sich auch leisten können. Wir wollen jene entlasten, die mit Kindern  
239 einen Beitrag zur Zukunft unseres Landes leisten und dafür manchen Verlockungen  
240 eines egozentrischen Lebensstils entsagen. So schlagen wir eine gezielte Förderung  
241 über eine Senkung der Einkommenssteuer pro Kind vor. Kinderreiche Familien schul-  
242 tern die Zukunft unseres Volkes und müssen dementsprechend wertgeschätzt und  
243 entlastet werden.

244  
245 Die Familiengründung ist jedoch nicht allein eine Frage des Geldes, sondern auch der  
246 **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. Um Frauen eine echte Wahlfreiheit zu ermögli-  
247 chen, fordern wir daher sowohl einen Ausbau von Kindertagesstätten als auch die  
248 Wiedereinführung eines auf Staatsbürger beschränkten Betreuungsgeldes. Trotz der  
249 Notwendigkeit staatlicher wie privater Betreuungsangebote kann die Bindung zu den  
250 Eltern gerade in den frühen Kindheitsjahren nichts ersetzen. Wer seine Kinder be-  
251 bewusst zuhause erzieht, verdient eine monetäre Förderung, die gleichwertig zur Inan-  
252 spruchnahme staatlicher Betreuung ist. Auch unterstützen wir Programme zur Wieder-  
253 eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt nach der Elternzeit.

254  
255 Wir betrachten die **Ehe** als einen Bund von Mann und Frau. Mit der Einführung der so  
256 genannten „Ehe für alle“ wurde die Ehe jedoch im staatlichen Sinne von der Verant-  
257 wortungsgemeinschaft mit Kindern entkoppelt. Wir treten für eine Umwandlung des  
258 Ehegatten- in ein Familiensplitting ein, bei dem das Familieneinkommen auf alle Fa-  
259 milienmitglieder aufgeteilt und dann versteuert wird. Dadurch tragen wir der Lebens-  
260 realität Rechnung, dass immer mehr Ehepaare kinderlos bleiben, aber auch zahlreiche  
261 Eltern nicht heiraten. Statt der omnipräsenten Propagierung alternativer, nicht auf  
262 Fortpflanzung und Familiengründung ausgerichteter Lebensmodelle befürworten wir  
263 eine stärkere Bewerbung der heteronormativen Familie.

264  
265 Unser Wunsch nach einer höheren Geburtenrate geht mit einer Absage an die gegen-  
266 wärtige Abtreibungsgesetzgebung einher. Wir stellen uns gegen den Versuch, die Tö-  
267 tung ungeborenen Lebens durch Werbung zu bagatellisieren, oder ein Recht auf **Ab-**  
268 **treibung** durch die Hintertüre zu etablieren. Wir bekennen uns zum Schutz des Le-  
269 bens von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod und setzen der verbreiteten Weg-  
270 werfmentalität einen Sinneswandel hin zu Familiengründung oder Adoption entge-  
271 gen.

## 272 273 **Wir stehen zur deutschen Bildungstradition**

274  
275 Bildung ist mehr als die Vermittlung noch so richtiger Leitbilder. Sie ist eine Investition  
276 in unsere kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Zukunft. Sie ist aber auch  
277 ein Selbstzweck. Wir bekennen uns in diesem Sinne zum Humboldt'schen Bildungs-  
278 ideal. Deutschland hat sich über die Jahrhunderte hinweg darin bewährt, seine eigene  
279 **ganzheitliche Bildungstradition** herauszubilden. Europäische Gleichmacherei im



280 Rahmen des Bologna-Prozesses und der Umstellung deutscher Abschlüsse auf Ba-  
281 chelor und Master hat uns nicht nur dieser Traditionen gegenüber entfremdet; der  
282 Trend zur Überakademisierung gefährdet auch deutsche Erfolgsmodelle wie die duale  
283 Berufsausbildung, das Modell von Geselle und Meister, sowie das mehrgliedrige  
284 Schulsystem.

285

286 Wir sind der Überzeugung, dass ein **differenziertes Schulsystem** bestmöglich auf die  
287 individuellen Stärken und Schwächen des Einzelnen abgestimmt ist und plädieren für  
288 Erhalt und Wiederherstellung von Gymnasium, Realschule, Hauptschule und Förder-  
289 schule. Für Differenzierung treten wir auch innerhalb der jeweiligen Schulsysteme  
290 ein. Schüler sollen freiwillig zwischen sprachlichen, naturwissenschaftlichen und  
291 praktischen Vertiefungen entscheiden können.

292

293 Wer Hochschulreife oder akademischen Abschluss zur Grundvoraussetzung persönli-  
294 chen Erfolgs verklärt, setzt damit sowohl Qualität und Bedeutung akademischer Ab-  
295 schlüsse, als auch alternative Berufsbiografien herab. Unsere Volkswirtschaft ist mehr  
296 denn je auf das Handwerk angewiesen, was sich auch in vielen Fällen in vorteilhaften  
297 Gehaltsperspektiven im Vergleich zu verschiedenen Studiengängen niederschlägt. Im  
298 Fokus staatlicher Bildungspolitik sollten wertschöpfende Berufe stehen. Es ist der Irr-  
299 glaube an die grundsätzliche Höherwertigkeit akademischer Bildung, der ursächlich  
300 verantwortlich ist für den immer offener zu Tage tretenden Fachkräftemangel. Wo fast  
301 die Hälfte der Ausbildungsbetriebe ihre Ausbildungsplätze nicht voll besetzen kön-  
302 nen, muss mit einer Stärkung des **dualen Ausbildungssystems** reagiert werden. Bis-  
303 lang Studenten vorbehaltene Privilegien wie geförderte ÖPNV-Tickets, Wohnheime  
304 und Stipendienmodelle wollen wir auf Berufsausbildungen und Meisterabschlüsse  
305 ausweiten.

306

307 Auch wenn wir die Bedeutung der Geisteswissenschaften anerkennen, wenden wir  
308 uns gegen die Vermassung geisteswissenschaftlicher Studiengänge und wollen **Hoch-**  
309 **schulpolitik** verstärkt auf die so genannten „MINT“-Fächer ausrichten. Jeder Bürger ist  
310 seines Glückes Schmied und soll auch seine Studienwahl frei treffen. Für die wirt-  
311 schaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes maßgeblich sind dennoch nicht zu-  
312 letzt IT-Spezialisten, Ingenieure und ihre Innovationen. Die staatliche Förderung ide-  
313 ologisch statt wissenschaftlich motivierter Studiengänge wie „Gender Studies“ ist zu  
314 beenden.

315

316 Trotz der mitunter einem Flickenteppich gleichenden Bildungspolitik der verschiede-  
317 nen Bundesländer wollen wir am **Föderalismus** in der Bildungspolitik festhalten. Die  
318 Resultate der verschiedenen Ansätze unterscheiden sich drastisch zwischen Sachsens  
319 dreigliedrigem Schulsystem und Bremens Gesamtschule. Ein zentralistischer Ansatz  
320 liefe zwangsläufig auf einen Kompromiss zwischen beiden Bildungssystemen hinaus,  
321 was in den im Ländervergleich besser positionierten Bundesländern eine Nivellierung  
322 nach unten zur Folge hätte.





323 **Wir stehen zur sozialen Marktwirtschaft**

324

325 Wir bekennen uns zur **sozialen Marktwirtschaft**, die Deutschland über Jahrzehnte  
326 hinweg einen Ausgleich zwischen sozialen und wirtschaftlichen, Arbeitnehmer- und  
327 Arbeitgeberinteressen garantiert hat. Als Junge Alternative leben wir diesen Ausgleich  
328 selbst, in dem wir freiheitlich-marktwirtschaftliche und solidarisch-patriotische Kräfte  
329 innerhalb einer Partei vereinen.

330

331 Doch was wir als Partei Jugend vorleben, ist unserem Wirtschaftssystem abhanden ge-  
332 kommen. Der **Mittelstand** muss als Herzkammer der deutschen Wirtschaft immer häu-  
333 figer einer am bloßen „shareholder value“ ausgerichteten Unternehmensführung  
334 Platz machen, wodurch der Familienunternehmer als Arbeitgeber durch kurzfristige  
335 Profitmaximierer ausgewechselt wird. Gleichzeitig ist der Sozialstaat, einst als Stütze  
336 für vorübergehende Arbeitslosigkeit oder Berufsunfähigkeit konzipiert, zur sozialen  
337 Hängematte für Millionen Langzeitarbeitslose und Migranten geworden, die direkt in  
338 die sozialen Netze einwandern, ohne je in die zugrunde liegenden Sozialsysteme ein-  
339 gezahlt zu haben. Dass deutsche Familienväter, die jahrzehntelang Sozialbeiträge be-  
340 zahlt haben, nach einjähriger Arbeitslosigkeit auf den gleichen Standard fallen wie  
341 Menschen, die gerade erst das Land betreten haben, ist ein ungerechter Zustand.  
342 Ebenso problematisch ist das in Summe kaum wahrnehmbare Gefälle zwischen müh-  
343 sam erarbeiteten Gehältern von Geringverdienern und staatlichen Sozialleistungen,  
344 die mit der Übernahme von Wohn- und Energiekosten einhergehen.

345

346 Arbeit muss sich auch für den normalen Arbeitnehmer wieder lohnen. Seine Einkom-  
347 menssteuern können nicht in Steueroasen auswandern, sondern finanzieren sowohl  
348 teure Rettungsaktionen für gescheiterte Unternehmungen als auch die soziale Siche-  
349 rung derer, die nicht arbeiten. Es ist der Wegfall des **Leistungsprinzips**, der auf der  
350 einen Seite der Entwicklung von einer wertschöpfenden zu einer spekulativen Wirt-  
351 schaft inhärent ist und auf der anderen Seite der noch arbeitenden Minderheit immer  
352 größere Belastungen aufzwingt, während eine auf Millionen herangewachsene  
353 Schicht von Sozialhilfeempfängern von der erarbeiteten Substanz lebt.

354

355 Als Patrioten wissen wir, dass die **soziale Frage** unserer Zeit untrennbar mit der nati-  
356 onalen Frage verbunden ist. Ein Sozialstaat kann nur funktionieren, wenn ihm eine  
357 Exklusivität innewohnt, die sich mit Ausnahme besonders hilfsbedürftiger Bürger auf  
358 die beschränkt, die auch Sozialbeiträge eingezahlt haben. Ein soziales Netz, das in alle  
359 Richtungen offen ist, kann sprichwörtlich nicht dicht sein. Es schafft keine Anreize,  
360 sich an seiner Finanzierung zu beteiligen, sondern verleitet zum Missbrauch. Hier hal-  
361 ten wir dagegen – mit Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben, die Arbeit sowohl  
362 für kleine und mittelständische Unternehmen als auch für Arbeitnehmer wieder loh-  
363 nenswert machen.

364



365 Die gestiegenen Energiepreise und die von ihnen getriebene **Inflation** stellen derzeit  
366 das größte wirtschaftliche wie soziale Problem unseres Landes dar. Sie wurzeln in ei-  
367 ner jahrelangen Nullzinspolitik der EZB, die wir seit unserer Gründung kritisiert haben.  
368 Es ist die europäische Geldpolitik und die Abwertung des Euros, welche Grundversor-  
369 gungs- zu Luxusgütern werden lässt. Die auf die Rettung des Euros gemünzte „Wha-  
370 t-ever-it-takes“-Mentalität nimmt letztlich vor allem deutsche Sparer aus. An unserer  
371 mit dem Dexit einhergehenden Forderung nach einer geordneten Auflösung der Wäh-  
372 rungsunion halten wir fest. Deutschland braucht den Euro nicht.

373  
374 Nicht nur die desaströse Eurorettungspolitik lehrt uns, dass es stets mit Vorsicht zu  
375 genießen ist, starke Eingriffe in den freien Markt zu vollziehen. Gleichwohl gibt die  
376 Entwicklung von einer mittelstandsbasierten Marktwirtschaft zu einem globalisierten  
377 Konzernkapitalismus mit weitreichender **Monopolmacht** Anlass, vertraute Dogmata  
378 zu hinterfragen. Immer häufiger umfasst der aus abstrakten Wirtschaftstheorien ab-  
379 geleitete „Markt“ nicht länger das familiengeführte mittelständische Unternehmen,  
380 sondern internationale Großkonzerne, deren Bilanzsummen das Bruttoinlandsprodukt  
381 ganzer Flächenstaaten übertreffen. Wir sind stolz auf Deutschlands große Anzahl an  
382 Unternehmen, die es von der Garage zur Weltmarktführung geschafft haben und da-  
383 mit Wertschöpfung und Arbeitsplätze im In- und Ausland schaffen. Unsere Ingeni-  
384 eurskunst, aber auch deutsche Unternehmensführung sind in der ganzen Welt ein In-  
385 begriff von Qualität und Effizienz. Schwingen sich Großkonzerne aber auf, Gesell-  
386 schaften zu transformieren und ohne demokratisches Mandat ideologische Themen  
387 auf die Agenda zu setzen, muss sich auch die freieste Marktwirtschaft ihrer Eingriffs-  
388 rechte bewusst werden. Gerade deshalb wollen wir dem Einzug des „woke capitalism“  
389 in deutsche Gefilde nicht widerstandslos zusehen.

390  
391 So entschieden wir den Irrungen des woken Zeitgeists entgegentreten, wollen wir uns  
392 den Blick auf Arbeitnehmerinteressen nicht von linksidentitären Scheindebatten ver-  
393 stellen lassen: unsere **Solidarität** gilt deutschen Arbeitnehmern wie Arbeitgebern.  
394 Diese gilt es auch vor Nebeneffekten von Globalisierung und einer zunehmend mul-  
395 tipolaren Weltordnung zu schützen.

### 396 397 **Wir stehen zur Freiheit des Einzelnen**

398  
399 Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen gehören zu unserem Markenkern. In  
400 einer Zeit, in der nicht die Freiheitseinschränkung durch den Staat erklärungsbedürf-  
401 tig scheint, sondern ihre Aufhebung, wollen wir nach Ernst Jünger „Wölfe in der  
402 grauen Herde“ sein, die „Naturen, die noch wissen, was echte Freiheit ist.“ Wir be-  
403 trachten Freiheit als Freiheit vor einem übermächtigen Staat und staatlichem Zwang.  
404 In den letzten Jahren hat sich die Freiheit von einem abstrakten Begriff in ein konkret  
405 bedrohtes Luxusgut verwandelt, das viele Bürger erst im Zuge ihrer plötzlichen Be-  
406 schränkung zu schätzen lernten. Wir stellen uns gegen die schleichende Normalisie-  
407 rung staatlicher Freiheitseingriffe.



408 Freiheit beginnt damit, dass wir selbst über unsere eigene Lebenszeit verfügen kön-  
409 nen. In Deutschland haben wir nur einen Bruchteil unserer Arbeitsleistung zur freien  
410 Verfügung. Während die Lohnkosten deutscher Arbeitgeber zu den höchsten der Welt  
411 gehören, landet von diesem Geld nach Abzug von **Steuern und Abgaben** oft nur die  
412 Hälfte auf dem Konto des Arbeitnehmers. Und auch dieses Geld unterliegt weiteren  
413 Belastungen, wie Mehrwertsteuer, Rundfunkgebühren und Gebühren für Behörden-  
414 gänge. Mit dieser Belastung geht ein immer größer werdender Staatsapparat einher,  
415 der sich in immer mehr Lebensbereiche einschaltet und dort ein Mitspracherecht in  
416 Form staatlicher Regulierung einfordert. Der Bürger wird zum Bittsteller, der sich über  
417 mildtätige Gaben freuen soll, deren Kosten der Staat ihm vorher aus der Tasche gezo-  
418 gen hat. Nach vielen Jahren aneinander gereihter Staatsversagen liegt es uns fern,  
419 darauf zu vertrauen, dass der Staat die Dinge im Zweifel besser macht als der Einzelne.  
420 Nicht nur kann der Nanny-Staat seine vollmundigen Versprechen einer staatlichen  
421 Rundumversorgung nicht einhalten, sie gehen auch mit massivem Freiheitsverlust  
422 einher und infantilisieren den Bürger. Wir wollen den Staat auf ein gesundes Minimum  
423 reduzieren – und die Freiheit des Einzelnen damit stärken.

424  
425 Freiheit bedeutet auch, seine Ansichten in Wort, Schrift und auf der Straße frei äußern  
426 zu dürfen. Nur noch 45 Prozent der Bundesbürger glauben, dass sie ihre Meinung frei  
427 äußern könnten. Zu sämtlichen größeren öffentlichen Debatten kristallisiert sich bin-  
428 nen kürzester Zeit eine scheinbare Mehrheitsmeinung heraus, die in Frage zu stellen  
429 berufliche und gesellschaftliche Risiken mit sich bringt. Nicht selten verbirgt sich da-  
430 hinter keineswegs eine gesellschaftliche Mehrheit, sondern nur besonders laute Min-  
431 derheiten. Und selbst wenn eine Meinung vorübergehenden Mehrheitsrückhalt hätte,  
432 legitimiert dies in einer freiheitlichen Demokratie noch keine Repression gegenüber  
433 Gegenmeinungen. Der um sich greifenden „Cancel Culture“ sagen wir den Kampf an.  
434 Den überdimensionierten, unzeitgemäßen und einseitigen, **öffentlich-rechtlichen**  
435 **Rundfunk** möchten wir auf einen schlanken Grundfunk reduzieren. Darüber hinaus  
436 wollen wir auf eine Rückkehr zu mehr Gelassenheit und Respekt gegenüber anderen  
437 Meinungen hinwirken. Das Versammlungs- bzw. **Demonstrationsrecht** steht allen  
438 Deutschen zu. Die während der letzten Jahre offensichtliche Diskriminierung von re-  
439 gierungskritischen Demonstrationen unter dem Deckmantel des Infektionsschutzes  
440 ist einzustellen.

441  
442 Auch im Netz erleben wir Zensur und Repressionen. Gesetze, wie das Netzwerkdurch-  
443 setzungsgesetz führen dazu, dass Konzerne regierungskritische Inhalte ohne Prüfung  
444 löschen – mal, weil das Risiko einer Strafzahlung für die Konzerne aus betriebswirt-  
445 schaftlichen Gründen schwerer wiegt; mal, weil die Big-Tech-Giganten eigenes  
446 Agenda-Setting betreiben. Wir wollen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz abschaffen.  
447 Weder Regierungen noch Konzerne oder Aktivisten haben über die Grenzen unserer  
448 Meinungsfreiheit zu richten, sondern einzig und allein unabhängige und unpolitisierte  
449 Gerichte. Aufgabe der Regierung ist es vielmehr, die Rahmenbedingungen für einen  
450 freiheitlich-demokratischen Diskurs zu schaffen.